№ 74
B 37
Abend-Ausgabe

Berlin

Dienstag, 13. Februar 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

70 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsl.): Jul. Eibau, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3668; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 5686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 650.

Weitere Zuspitzung.

Die neue Phase der französisch-belgischen Aktionen am Rhein und an der Ruhr kennzeichnet sich dadurch, daß die Interessen der Bevölkerung absichtlich unberücksichtigt bleiben. Bei allen den Maßnahmen, die auf die Abschnürung des besetzten Gebietes abzielen, handelt es sich darum, das Gebiet irgendwie für Leistungen zugunsten Frankreichs und Belgiens nutzbar zu machen. Diese Hoffnung scheint begraben. An ihre Stelle tritt der Versuch, das normale Leben so empfindlich wie möglich zu stören und so die Kapitulation herbeizuführen, sei es an Ort und Stelle, sei es in Berlin. Eine maßgebende Pariser Zeitung hat dieses Programm ganz offen folgendermaßen umschrieben: Das Ruhrrevier hat sich für uns als ein unverdauliches Bissen erwiesen. Wir werden jetzt dafür sorgen, daß auch Deutschland keinen Nutzen aus ihm zieht, ohne Rücksicht darauf, was dabei aus dem Industriegebiet und seinen Bewohnern wird.

Es ist klar, daß eine solche Politik nur durchführbar ist, wenn der Terrorismus in der rücksichtslosesten Form zum einzigen Gesetz gemacht wird. Das bedeutet, daß die Zahl der Truppen, die in das Ruhrgebiet geschickt werden, weiterhin außerordentlich verstärkt werden muß. Im Zusammenhang damit verlautet in Paris, daß die militärischen Stellen die schon früher in Aussicht genommene Einberufung mehrerer Jahrgänge von Reservisten als dringlich bezeichnen. Zur Beseitigung etwaiger politischer Bedenken mögen diesen Kreisen „Zwischenfälle" sehr willkommen sein. Man kann es deshalb nur begrüßen, daß der Polizeipräsident von Essen eine dringende Mahnung an die Bevölkerung erlassen hat, unter allen Umständen Ruhe und Besonnenheit zu bewahren.

Die Erkenntnis, daß die Aktion im Ruhrgebiet in ihren Wirkungen und Ausmaßen unterschätzt worden ist, hat in Paris eine starke Nervosität hervorgerufen, die sich in allerhand Gerüchten äußert. So wird das Gerücht verbreitet: um endlich alser Hemmungen ledig zu sein, werde Frankreich den Kriegszustand für wiederhergestellt erklären. Diese Gerüchte haben neuerdings sogar ein Echo in der amerikanischen Presse gefunden. Sicherlich würden die extremen Nationalisten auch vor einer solchen Maßnahme nicht zurückschrecken. Es bleibt aber abzuwarten, ob sich eine französische Regierung finden wird, die sich herart [illegible] zu einer Politik bewußter Friedensstörung bekennen wird.

Die rechtswidrige Sperre.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen:

Die deutsche Botschaft beehrt sich im Auftrage ihrer Regierung dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten auf seine Verbalnote vom 11. Februar 1923 folgendes zu erwidern:

„Die französische und die belgische Regierung wollen vom 12. Februar an die Ausfuhr der in den besetzten Gebieten hergestellten metallurgischen Erzeugnisse und sonstigen Fabrikate nach dem übrigen Deutschland sperren. Die begründen diese Maßnahme mit dem Hinweis auf die von der Reichsregierung den deutschen Beamten im Ruhrgebiet erteilten Befehle sowie mit der Behauptung, daß die Reichsregierung in diesem Gebiet Unruhen aller Art hervorzurufen suche.

Die Begründung der neuen Maßregel kennzeichnet sich selbst als Vorwand und bedarf keiner Widerlegung. **Sie ist ein offenes Eingeständnis der Tatsache, daß die Besatzungsmächte mit den bisherigen Gewaltakten den mit der Ruhrbesetzung begangenen Unrecht nicht haben zum Erfolge verhelfen können, und daß sie sich deshalb zu immer schwererem Unrecht getrieben sehen.** Nachdem die zunächst versuchte Requisition der Kohle und die alsdann angeordnete Sperre der Kohlenausfuhr nach den unbesetzten Gebieten nicht zum Ziele geführt haben, scheuen die Besatzungsmächte jetzt nicht einmal mehr vor einer Maßnahme zurück, die mit der angeblich angestrebten Sicherung der Reparationslieferungen in keinerlei Zusammenhang gebracht werden, sondern lediglich die Folge haben kann, das deutsche Wirtschaftsleben weiter zu zerstören.

Die deutsche Regierung weiß, daß es den Besatzungsmächten auch mit diesem Gewaltakt nicht gelingen wird, sich die Bevölkerung der besetzten Gebiete gefügig zu machen. Sie protestiert gegen das neue Unrecht und macht die französische und belgische Regierung dafür verantwortlich, daß die Fähigkeit Deutschlands zu Reparationsleistungen zum Nachteil aller alliierten Mächte in immer höherem Maße vernichtet wird."

Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel ist angewiesen worden, eine gleichlautende Note zu übergeben.

*

Seit heute vormittag werden die Personenzüge an der Grenze des besetzten Gebietes angehalten und vom fremden Militär nach Waffen untersucht.

Eine genauere Kontrolle dagegen erfahren die Güterzüge. Eine ganze Reihe von Sendungen ist im Laufe der vergangenen Nacht und heute vormittag beanstandet worden, weil es sich angeblich um Fabrikate handelt, die unter das Ausfuhrverbot fallen.

Blutiger Zwischenfall in Gelsenkirchen.

Festnahme der Behörden.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Gelsenkirchen**, 13. Februar.

Heute vormittag um 9,30 Uhr besetzte ein großes französisches Truppenaufgebot mit Kavallerie und Infanterie die Stadt Gelsenkirchen, die bisher nur eine schwächere Belegung mit Truppen aufwies. Sofort setzte eine Jagd auf die Schutzpolizei ein. Die in den einzelnen Stadtteilen liegenden Schupoabteilungen wurden aus ihren Unterkünften hervorgeholt und unter starker Bewachung geschlossen abgeführt.

Dabei kam es zu entsetzlichen Mißhandlungen der Schupobeamten durch das französische Militär, das mit Kolben und Bajonetten auf die entwaffneten und wehrlosen Beamten losschlug. Mit teilweise blutüberströmten Gesichtern unter fortwährenden neuen Kolbenstößen wurden die Beamten über die Straße geführt. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine ungeheure Empörung. Gegen 11 Uhr besetzten die Franzosen das Polizeipräsidium und verhafteten den Polizeipräsidenten. Auch das Rathaus und das Hauptpostamt wurden besetzt. Der Post- und Telegraphendirektor, den die Franzosen verhaftet hatten, wurde später wieder freigelassen.

Augenblicklich sind die Franzosen dabei, an allen Straßenecken Posten und Panzerautos aufzustellen. Alle Automobile, Lastkraftwagen und Personenwagen wurden beschlagnahmt. Die Hauptpunkte der Stadt starren von Bajonetten. (Siehe auch 2. Seite.)

Wesel und Emmerich besetzt.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung".

d **Emmerich**, 13. Februar.

Heute morgen gegen 7½ Uhr kamen die belgischen Truppen von der anderen Rheinseite nach Emmerich und besetzten die Eingänge zum Hafen, die sie absperrten. Es waren etwa 100 Mann und fünf Offiziere, die die Besetzung vornahmen. Die beiden Hauptzollämter Hafenkopf und Emmer wurden besetzt. Mit den Stadtbehörden sind Verhandlungen wegen der Unterbringung der Truppen im Gange.

In Wesel wurden zuerst das Zollamt und das Rathaus besetzt. Gegen 10 Uhr rückte ein Trupp Militär nach dem Bahnhof. Der Führer dieses Kommandos war sehr erstaunt, als er auf dem Bahnhof nur leere Gleise vorfand. Das gesamte Eisenbahnmaterial war noch in der Nacht weggeschafft worden.

Eberts Rede in Mannheim.

Süddeutschlands Treue.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

w **Mannheim**, 13. Februar.

Reichspräsident Ebert, der heute früh aus Karlsruhe hier eintraf, führte bei der eindrucksvollen Protestkundgebung im Mannheimer Rathause etwa folgendes aus:

„Wir sind nach Baden gekommen, um nicht nur vor Ihnen, sondern auch vor der ganzen Welt damit zu bekunden, daß die Reichsleitung und mit ihr das ganze deutsche Volk entschlossen und einmütig hinter dem badischen Volk stehen und mit ihm das Schicksal teilen, das in den letzten Tagen über Baden hereingebrochen ist. Wir haben gestern in Karlsruhe Gelegenheit gehabt, mit den Vertretern des Landes, der Staats- und Gemeindebehörden, mit den Vertretern aller Wirtschaftsorganisationen des Landes über die Lage zu sprechen, und wir stehen noch in dieser Stunde unter dem tiefen Eindruck, den wir in Karlsruhe empfangen haben. Die Kundgebung am Nachmittag in der Festhalle war getragen von feierlichen Erklärungen der Vertreter aller Schichten des Landes, daß sie entschlossen sind, zäh und fest den Bestrebungen der einedrungenen Fremdlinge ihren Widerstand entgegenzusetzen. Wir stehen unter dem Eindruck der großen spontanen Kundgebung, wie sie gestern abend auf dem Schloßplatz in Karlsruhe sich entwickelt hat, wo neben dem schlichten Arbeiter der mit goldenen Bänderungeschmückte Student stand, umrahmt von einem dichten großen Kreis der Karlsruher Bevölkerung, wo wieder einmütig und nachdrücklich bekundet wurde, daß Baden nur eine Pflicht kennt: in dieser Stunde treu zum Reiche zu stehen und alle Kraft zusammenzunehmen, um das Schicksal, das ihm widerfahren ist, zu überwinden.

Wir sind nach Mannheim gekommen, weil wir uns sagten, hier liegt der Brennpunkt des wirtschaftlichen Lebens Badens, hier liegt der Brennpunkt des Landesverkehrs. Hier ist zu besürchten, daß sich der Kampf wirtschaftlich am stärksten, am fühlbarsten für unser Volk geltend macht. Wir dürfen uns keinen Hehl darüber machen, daß der Kampf, den wir führen, ein wirtschaftlicher Kampf ist. Wir setzen unsere geistigen und technischen Fähigkeiten ein in einem Kampf, wo der Gegner mit brutalen Mitteln der Gewalt uns entgegentritt. Wir werden schwere Opfer bringen müssen, und insbesondere wird sich das in Mannheim geltend machen. **Es ist auch möglich, daß der Gegner die Hand nach dieser Stadt ausstrecken wird.** Da ist es mir ein Bedürfnis, gerade in Mannheim im Namen der Reichsregierung zu erklären, daß wir ohne Vorbehalt entschlossen und bereit sind, dem Lande und auch Mannheim bei allen diesen Eingriffen, bei allen den Schäden, die daraus entstehen können, mit unserer ganzen Kraft brüderlich zur Seite zu stehen, zu helfen und zu zugleichen.

So glaube ich, daß uns dieser aufgezwungene Kampf, den wir nicht gesucht haben, der uns aufgezwungen wurde trotz unseres durch die Tat bekundeten Willens, nach unserer Möglichkeit zu leisten, was wir können, daß uns dieser Einbruch in unsere heimische Erde, in unser geliebtes Vaterland zusammenschweißt zu einer einheitlich geschlossenen Nation, zu einer Einheit, die gewißt ist, ihr Bestes, und, wenn es sein muß, ihr Letztes an das Vaterland zu setzen, und so hoffe und wünsche ich, daß es gelingt, in diesem Kampf die Rechte und Lebensbedingungen unseres hartgeprüften Volkes zum Siege zu führen unter der Devise: Für die deutsche Freiheit, für die deutsche Zukunft!"

Nach der Kundgebung wurde vom Reichspräsidenten und den Reichsministern eine große Anzahl von **Vertretern aller Schichten der Bevölkerung der Pfalz** empfangen. Der Reichspräsident versicherte ihnen, daß für das Reich gelte: Treue um Treue. Er richtete warme Worte des Dankes an die mannhaft duldende Bevölkerung der Pfalz und erkannte besonders das tapfere und mannhafte Verhalten der Beamtenschaft an. Nach dem Reichspräsidenten sprachen Mitglieder der öffentlichen Körperschaften der Pfalz, der Beamtenschaft, der Berufsorganisationen, der Industrie, der ausgewiesenen Beamten und Bürger, der Presse und eine Vertreterin der pfälzischen Frauen. Ihre Darlegungen zeigten Gemeinsamkeit der Gesinnung und des Willens, fremder Gewalt zu trotzen, deutsches Volkstum zu erhalten und in unerschütterlicher Treue zum Reiche zu stehen.

Abzug der Engländer?

Seit einigen Tagen geht durch die englische und französische Presse ein ununterbrochenes Rätselraten, ob die Regierung Bonar Law die englischen Besatzungstruppen vom Rhein zurückziehen werde oder nicht. Die Meldungen haben Tag für Tag einander widersprochen, aber jedenfalls gewann man den Eindruck, daß die Beratungen im Schoße der englischen Regierung über die Zurückziehung der englischen Besatzungstruppen aus dem Rheinlande in ein akutes Stadium getreten seien.

Heute wird aus London berichtet, man behaupte dort an unterrichteten Stellen mit großer Bestimmtheit, daß die Regierung Bonar Law innerhalb der nächsten 24 Stunden den englischen Besatzungstruppen in Köln Befehl zum Abmarsch und zum raschesten Abtransport nach der Heimat geben werde. An hiesigen amtlichen Stellen ist, wie versichert wurde, von dieser Absicht der englischen Regierung nichts bekannt.

Dagegen hört man von hier akkreditierten neutralen Diplomaten, daß die Londoner Meldungen wahrscheinlich bald ihre Bestätigung erfahren werden. Man will in diesen Kreisen, die Beziehungen zu hervorragenden politischen Persönlichkeiten Englands haben, wissen, daß die Regierung Bonar Law schon vor einigen Tagen den prinzipiellen Beschluß gefaßt habe, die englischen Truppen aus dem Rheinlande zurückzuziehen, daß dieser Beschluß zwar geheimgehalten werde, das Oberkommando der Besatzungstruppen aber bereits die entsprechende Weisung erhalten habe.

Tatsächlich spielt England, von welchen Beweggründen das Kabinett Bonar Law sich immer hat leiten lassen, das Spiel Frankreichs, wenn es die bisherige englische Zone den Franzosen überläßt. Bleibt nur noch die Frage übrig: um welchen Preis auf Kosten Deutschlands?